

Staatliche Reformpolitik: der Überlebenskampf japanischer Universitäten

Nennstiel, Ulrike

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nennstiel, U. (2002). Staatliche Reformpolitik: der Überlebenskampf japanischer Universitäten. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 25(1/2), 193-206. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41083>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Staatliche Reformpolitik

Der Überlebenskampf japanischer Universitäten¹

Dr. K.- Ulrike Nennstiel

Ähnlich wie Deutschland und andere westliche Industrieländer hat auch Japan seit mehr als zweieinhalb Jahrzehnten einen deutlichen Geburtenrückgang zu verzeichnen, der sich mittlerweile auch in der Anzahl der Oberschulabsolventen niederschlägt. Für Privatuniversitäten heißt das: Sie konkurrieren gemeinsam mit den öffentlichen Universitäten um potenzielle Studienanfänger und müssen den wählenden Part aufgrund der veränderten Bedarfs-Angebots-Relation in zunehmendem Maße den Jugendlichen zugestehen.

Ungeachtet dessen fordert das Ministerium für Erziehung, Wissenschaft, Sport und Kultur (im Folgenden als „Bildungsministerium“ bezeichnet) die Hochschulen auf, Zutrittsbeschränkungen zu lockern und gleichzeitig das Bildungsniveau zu heben. Wie aber versuchen japanische Privatuniversitäten diesen Spagat zwischen widersprüchlichen Idealen zu meistern und obendrein auch noch mit den auf ihnen lastenden ökonomischen Zwängen zu vereinbaren?

Um dies zu erörtern, möchte ich als erstes den strukturellen Kontext skizzieren, in dem sich japanische Universitäten gegenwärtig befinden. Anschließend daran wird die aktuelle Lage aus der Perspektive des Bildungsministeriums wiedergegeben, gefolgt von den Richtlinien, die das Ministerium auf der Grundlage etlicher Berichte einer nationalen Strukturkommission (*daigaku shingikai*) herausgab. Im vierten Abschnitt stehen wiederum die Universitäten im Zentrum, ihre konkreten Maßnahmen und ihr Umgang mit den genannten Richtlinien. Abschließend werde ich ganz kurz Bezug nehmen auf die Frage: Lassen sich aus der Kenntnis der japanischen Situation Konsequenzen ziehen für die Diskussion in Deutschland?

1 Direkt betroffen sind von diesem Überlebenskampf bislang primär Privatuniversitäten und Colleges, doch werden künftig auch die staatlichen Universitäten vor ähnlichen Problemen stehen, denn sie sollen zunächst in unabhängige Körperschaften öffentlichen Rechts umgewandelt und dann schrittweise privatisiert werden.

Zur Situation japanischer Universitäten

Die Situation japanischer Universitäten ist in erster Linie geprägt vom hohen Bildungsniveau der Bevölkerung. Fast 98% eines Jahrgangs besuchen nach dem Ende der 9-jährigen Schulpflicht eine weiterführende Schule und 71% setzen auch nach dem Abschluss der 3-jährigen Oberschule noch ihre Ausbildung fort (Sugishita 2001, S. 306). Knapp die Hälfte der Angehörigen eines Jahrganges treten in eine Hochschule oder in ein 2-jähriges College ein, und rund 10% vertiefen anschließend an die übliche Hochschulausbildung ihre wissenschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten weiter in einer Graduate School (Sugishita 2001, S. 307).

Die Aufnahmeprüfungen in Oberschulen und Universitäten gelten als so schwierig, dass zu ihrer Bezeichnung der Begriff „Prüfungshölle“ (*juken jikoku*) (Nakamura 2000, S. 141) geprägt wurde. Durch sie hindurch in eine ranghohe Universität zu gelangen, gelingt den meisten Bewerbern nur nach jahrelangem Lernen und dem Besuch spezieller „Vorbereitungsschulen“ (*yobikō*). Der Abschluss der Universitätsausbildung hingegen ist einfach; eine Prüfung existiert in den meisten Fächern überhaupt nicht. Bei der Einstellung in ein Unternehmen spielt bislang (mit Ausnahme einzelner Fächer wie Medizin, Jura oder technischer Studiengänge) die fachliche Ausrichtung des Bewerbers oder der Bewerberin an der Universität kaum eine Rolle. Entscheidend ist hingegen der Name der absolvierten Universität (Hamanaka 1998, S. 102; Mori 1998). Für die jeweilige Arbeit erforderliche Kenntnisse und Fertigkeiten wurden herkömmlicherweise im sog. „on-the-job-training“ vermittelt.² Universitäten erhielten damit für viele Studierende die Bedeutung eines „leisure land“ (Hiroshige 1995, S. 195-196; Aniya 2000, S. 31) zwischen der „Prüfungshölle“ (von der Mittelschule bis zur Zulassung an eine Universität) und den harten Anforderungen am unteren Ende einer neuen Hierarchie nach dem Eintritt in das Berufsleben³ (Nishida 2000, S. 40-52).

Seit etwa einem Jahrzehnt jedoch wandelt sich die Lage. Der Konkurrenzdruck zwischen den Hochschulen wächst, denn die demographischen Entwicklungen schaffen Druck. Auf den ersten Baby-Boom gegen Ende der 1940er Jahre folgte rund 24 Jahre später zu Beginn der 1970er Jahre ein zweiter, und trotz rückläufiger Geburtenrate stieg die Anzahl der Geburten zwischen 1960 und 1975 noch kontinuierlich an. (Sugishita 2001, S. 8) Seither aber weist nicht nur die Geburtenrate eine sinkende

2 Neuerdings beginnen, im Kontext einer wachsenden Berücksichtigung der tatsächlichen Fähigkeiten einer Person (s.u.) und zunehmender Fluktuation von Arbeitskräften, immer mehr Unternehmen, den Umfang firmeninterner Ausbildung zu reduzieren.

3 Viele Studenten verbringen allerdings während ihres Studiums einen beträchtlichen Teil der Zeit mit „jobben“, obwohl nur ganz wenige dieses Geld für ihren Lebensunterhalt benötigen, denn den bestreiten i.d.R., gleich den Studiengebühren, die Eltern. Ihren eigenen Verdienst betrachten die jungen Erwachsenen meist als Taschengeld, um aufwendige Vergnügen zu finanzieren oder beispielsweise ein eigenes Auto zu erstehen.

Tendenz auf, sondern auch die absoluten Zahlen belegen die Realität des Abwärtstrends. (Schnuch 2001, S. 23)

Warum aber führt der Bevölkerungsrückgang nicht einfach zu einer Erleichterung des Hochschulzugangs und einem höheren Anteil von Universitätsabsolventen an der Gesamtbevölkerung?

Nach dem Zweiten Weltkrieg und während der Phase des hohen Wirtschaftswachstums (1958-1973) stieg in Japan das allgemeine Bildungsniveau steil an; der Anteil der Studienanfänger an Colleges und Universitäten erhöhte sich zwischen 1960 und 1975 von 5% auf 35% eines Jahrgangs, stagnierte unter dem Einfluss der Wirtschaftsflaute nach dem ersten Ölschock und zeigte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erstmals einen leichten Abwärtstrend (Kawai 2000, S. 248). In den 1990er Jahren stieg die Zahl der Studienzulassungen an Universitäten wieder an, und zwar von 26% auf 40%. Dennoch geben diese Daten kaum Anlass zu Euphorie. Denn erstens schlagen hier die demographischen Entwicklungen zu Buche, da sich die Bezugsgröße, i.e. die Anzahl der Menschen im Alter von 18 bis 19 Jahren, entscheidend verringert hat. Zweitens beruht die Zunahme der Universitätsstudenten auch auf strukturellen Veränderungen, denn besonders in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre geht sie einher mit einer rasanten Abnahme der Einschreibungen an Colleges.

Tatsächlich nahm schon im vergangenen Jahrzehnt die Zahl der Studienanfänger nur sehr geringfügig zu; einem künftigen Anstieg wirkt gegenwärtig insbesondere die anhaltende und sich verschärfende Wirtschaftsflaute⁴ entgegen, und zwar auf doppelte Weise: Immer weniger Eltern finden sich in der Lage und bereit, trotz sinkenden oder bedrohten Realeinkommens⁵ die finanzielle Bürde einer vierjährigen Universitätsausbildung⁶ ihrer Kinder zu übernehmen. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit gerade auch unter Jugendlichen und Universitätsabsolventen rapide an. Selbst die Absolvierung einer angesehenen Universität bietet heutzutage keine Garantie mehr für eine gute Position⁷ mit gesichertem und steigendem Einkommen⁸ (Nishida 2000, S. 203-229; Ogura 1999, S. 9-14). Denn die als „Charakteristika japanischen

4 Im GNP waren in den letzten Jahren — abgesehen von 1974 unter dem Einfluß des Ölschocks — erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges negative Zuwachsraten, d.h. ein Rückgang zu verzeichnen.

5 Das durchschnittliche Haushaltseinkommen veränderte sich seit Beginn der 1990er Jahre formell nur geringfügig, doch im Konsumniveau ist seit einigen Jahren ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. (Schnuch 2001, S. 240f.; Kawai 2000)

6 Die Studiengebühren betragen an einer Privatuniversität durchschnittlich ca. 16.000 DM pro Studienjahr, an einer staatlichen Universität etwa die Hälfte. (Kawai 2000, S. 249)

7 Viele größere Unternehmen unterhalten seit Jahrzehnten spezielle Beziehungen zu einzelnen Universitäten, aufgrund deren das jeweilige Unternehmen jedes Jahr eine gewisse Zahl von Absolventen der betreffenden Universität einstellt. Vertikale Netzwerke zwischen Studenten spielen also nach wie vor bei der Stellensuche eine wichtige Rolle. (Kaito 1996, S. 18)

8 In Japan stiegen herkömmlicherweise die Einkommen von Firmenangehörigen, Beamten etc. mit Alter und Zugehörigkeitszeit Jahr um Jahr an.

Managements“ geltenden Traditionen lebenslanger Anstellung in einem einzigen Unternehmen (*shāhin koyō* und Beförderung nach Beschäftigungsdauer (*nenkō jūetsu*) (Hazama 1971, 1996; Koike 1994) sind ins Wanken geraten (Higuchi 2001; Keizai kikaku-chō 1995, S. 49-66; Nakajima 2000, S. 16-17), und auf dem Arbeitsmarkt gewinnen spezifische Fähigkeiten und Kenntnisse gegenüber einer eher „allgemeinen“ Universitätsausbildung an Bedeutung. (Nishida 2000, S. 203-229; Kawai 1998; Rōkyō-chō 1998, S. 431; Takeuchi/ Kobayashi 1997; Yamazaki 1999)

Inner- und außerhalb der Hochschulen wächst daher Kritik an der Rolle und unzureichenden Funktionalität der Hochschulen. (Ichikawa 1995, S. 7) Lehrende klagen über mangelnden Lerneifer und fehlendes Interesse vieler Studenten (Nakamura 2000, S. 49-59), während diese die Langatmigkeit von Vorlesungen und den Mangel an praktischer Umsetzbarkeit vieler Lehrinhalte kritisieren. Gleich ihren potenziellen Arbeitgebern sind viele Studierende eher an unmittelbar anwendbaren Fähigkeiten und Kenntnissen interessiert als an Theorien und abstraktem Grundwissen⁹ (Nishida 2000, S. 86-90). Viele Dozenten mögen kompetente Wissenschaftler sein, doch ohne pädagogisches Geschick und den Willen, entertainment-verwöhnten „Jugendlichen“¹⁰ komplizierte Zusammenhänge – leicht verdaubar – aufbereitet darzubieten (Kobayashi 2001; Nishida 2000, S. 92-94, 149-186; Ahiya 2000).

Angesichts der angespannten Wirtschaftslage wirkt sich das vielbeklagte „*misumatchingu*“ (Missverhältnis) (Kobayashi 2001, S. 284-290) zwischen universitärem Bildungsangebot und auf dem Arbeitsmarkt gefragten Fähigkeiten umso prekärer aus. Auch angesehene und im oberen Abschnitt der Reputationshierarchie rangierende Universitäten bleiben von den Konsequenzen der demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nicht verschont. Sie finden sich konfrontiert mit dem sinkenden Niveau ihrer Studienanfänger, während die Universitäten der mittleren Ränge darum kämpfen, ihre Kapazitäten noch vollständig auszunutzen, und die Hochschulen im unteren Teil der Skala darum ringen, dem drohenden Bankrott zu entgehen. Nakamura rechnet damit, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre 282 Universitäten und Fakultäten und 50% aller Colleges diesem Schicksal anheimfallen werden (Nakamura 2000, S. 1-11), und der bekannte Wissenschaftler Mori Tsuyoshi geht davon aus, dass selbst die hochangesehene bislang noch staatliche Tōkyō-Universität nicht unbedingt

9 Manche allerdings auch nicht einmal das, sondern sie hassen Lernen und Lesen an sich, wurden jedoch von ihren ehrgeizigen oder wohlmeinenden Eltern (bzw. der Mutter) durch eine Belohnung als Anreiz oder durch Zwang zum Studium überredet (Honda-Okitsu 1998).

10 In Japan treten fast alle Oberschulabsolventen, die zu studieren beabsichtigen, unmittelbar nach dem Schulabschluss die Aufnahmeprüfung in die Universität an, so dass die meisten Studierenden zwischen 18 und 22 Jahren alt sind. Lediglich diejenigen, die die Aufnahmeprüfung nicht sofort bestanden und es nach einem weiteren Jahr Vorbereitung erneut versuchten, die (vergleichsweise) wenigen Studenten, die den Abschluss nicht in der Regelstudienzeit schaffen, sowie die — zahlenmäßig bislang kaum ins Gewicht fallenden — Berufstätigen (*shakai-jin*) bewirken, dass das Durchschnittsalter von Studenten in Japan über 20 Jahren liegt.

gegen einen möglichen Bankrott gefeit sei. (Mori 1999) Nichtsdestoweniger, und obwohl diese Situation bei weitem nicht nur den unmittelbar Betroffenen schon lange bekannt ist (Asu 1993, S. 12-15), werden auch heutzutage noch neue Universitäten gegründet und der Konkurrenzdruck damit zusätzlich erhöht (Nakamura 2000, S. 11-18).

Aus betriebswirtschaftlicher Perspektive gesehen liegt es für die (Privat-) Universitäten nahe, alle Anstrengungen primär auf die Sicherung einer hohen Zahl von Einschreibungen zu konzentrieren, doch führt dies leicht in eine Sackgasse. Denn selbst wenn eine Universität trotz wachsender Konkurrenz eine gleichbleibende Zahl von Oberschulabsolventen zu rekrutieren und damit ihr ökonomisches Überleben zunächst zu sichern vermag, zahlt sie dafür mit einem rapide abfallenden Niveau (Aniya 2000, S. 27-51) – ein Preis, den zu zahlen sich auch die ranghöchsten Universitäten längerfristig nicht leisten können. (Nakamura 2000, S. 49-71)

Auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Dilemma haben viele Hochschulen begonnen, ihr Bildungsangebot für Berufstätige zu erweitern, entweder im Sinne einer Weiterqualifizierung oder einer beruflichen Neuorientierung. (Kitamura 1996, S. 19-20; Minami 1996; Saito 1996b, S. 43-45; Shimura 1995, S. 279) Zum gleichen Zweck wenden sich manche auch an Oberschulen asiatischer Nachbarländer und geben dort ihre Studienplatzausschreibungen bekannt (Saito 1996a, S. 2), um ausländische Studenten zu rekrutieren.

Die ökonomischen und strukturellen Probleme japanischer Hochschulen lassen sich jedoch durch derartige Maßnahmen nicht lösen, sondern höchstens abfedern. Strukturelle Veränderungen sind unausweichlich, denn nicht nur die demographischen Entwicklungen, sondern auch der Wandel der sozialen und ökonomischen Bedingungen sowie die qualitativen Veränderungen des Arbeitsmarktes fordern innovative Reaktionen. Das Bildungsministerium setzte Strukturkommissionen ein, um Entwicklungskonzepte zu erarbeiten, und fordert die Hochschulen auf, sich den ministerialen Richtlinien gemäß zu reformieren.

Die Richtlinien des Bildungsministeriums

Die Richtlinien des Bildungsministeriums haben keinen bindenden Charakter. Insofern steht es den Universitäten frei, ob und in welchem Maße sie sich an den Vorgaben des Ministeriums orientieren. Tatsächlich aber benötigen alle Bildungseinrichtungen bei strukturellen Veränderungen jedweder Art die Genehmigung des Ministeriums und bestreiten ihren Finanzhaushalt u. a. aus staatlichen Zuschüssen, die das Ministerium verteilt. Im Durchschnitt beläuft sich diese finanzielle Unterstützung zwar nur auf einen Anteil von rund 12% der Gesamtkosten, doch werden die Zuschüsse weder gleichmäßig auf alle Hochschulen verteilt noch allein nach objektiv messbaren Kriterien wie der jeweiligen Studentenzahl; auch die Forschungs- und Unterrichtsleistungen einer Universität beispielsweise finden Berücksichtigung bei

der Verteilung der Gelder. (The Japan Association of Private Colleges and Universities 1987 S. 38-40; Monbushō 1994, S. 48f, Monbushō 1995, S. 129-131) Mit anderen Worten: Zumal angesichts der angespannten Wirtschaftslage kann es sich allein schon aus ökonomischen Gründen kaum eine Hochschule leisten, die „Richtlinien“ des Ministeriums zu ignorieren. (Iwanaga 1995, S. 108-112)

Das Bildungsministerium (Monbushō 1995; Daigaku 1997; 1998a; 1998b; 1999; Chōkyō shingikai 2001a, 2001b) fordert die Universitäten und Colleges auf, sich angesichts der aktuellen demographischen Entwicklungen mehr auf Qualität denn auf Quantität zu konzentrieren und zugunsten eines hohen Niveaus in Lehre und Forschung gegebenenfalls auf die Ausnutzung vorhandener Kapazitäten zu verzichten. „Internationalisierung“¹¹ soll gefördert werden durch Verbesserung der (englischen) Sprachausbildung, durch die Anpassung von Forschung und Lehre an internationale Standards sowie durch die Intensivierung internationaler Kontakte und Austauschbeziehungen. Um der Entwicklung einer modernen „Informationsgesellschaft“¹² gerecht zu werden, müsse der Umgang mit PCs in die jeweilige Fachausbildung integriert werden. Aus den strukturellen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft ergäben sich neue Anforderungen an Berufseinsteiger; von Universitätsabsolventen würden künftig neben PC- und Fremdsprachenkenntnissen vor allem auch integrative Vorstellungs- und Urteilskraft erwartet. Das Lehrangebot soll inhaltlich erweitert und vielfältiger werden, um den pluralistischen Bedürfnissen der Studierenden zu entsprechen, die besonders infolge der wachsenden Zahl berufstätiger und ausländischer Studenten immer divergenter werden.

Die Universitäten werden (entgegen früheren Bestimmungen des Ministeriums) aufgefordert, seit Jahrzehnten fixierte Strukturen zu lockern und sowohl die Zulassung als auch den Abschluss des Studiums flexibler zu handhaben. Anstelle des bisher unumstößlich vier Jahre dauernden undergraduate-Studiums soll künftig ein entsprechender Abschluss (BA) auch schon nach drei Jahren möglich sein, die Erlangung des MA-Titels bereits nach einem statt nach zwei Jahren. Nicht nur an anderen Hochschulen, anderen Fachbereichen oder an Fachhochschulen absolvierte Studienleistungen sollen anerkannt werden, sondern auch in Praktika, Voluntariaten etc. erworbene Fertigkeiten und Kenntnisse. Alle inhaltlichen Restriktionen über die Anerkennung bestimmter Studienleistungen sollen entfallen. Die traditionelle Untergliederung japa-

11 „Internationalisierung“ gehört seit circa zwei Jahrzehnten zu den wichtigsten gesellschaftlichen Schlagworten (beispielsweise Onuma 1990; Manabe 1990; Hamaguchi 1990) Im alltäglichen Sprachgebrauch wird seine Bedeutung häufig reduziert auf die Intensivierung der Kommunikationsfähigkeit in englischer Sprache.

12 „Informationsgesellschaft“ ist ein weiteres Schlagwort der verschiedenen Bereiche staatlicher Policy und der Massenmedien seit den 1970er Jahren. (Asahi shimbun-sha 1999, S. 469)

nischer Universitätsausbildung in „allgemeinbildende“ und „fachspezifische“ Unterrichtseinheiten wird aufgehoben bzw. allein der individuellen Regelung und Handhabung jeder Universität anheimgestellt. Neue Qualifikationen und Zertifikate (z.B. „Fachmann/frau für empirische Sozialforschung“) sollen kreiert und die Vergabe der bestehenden großzügiger gehandhabt werden. Des weiteren fordert das Ministerium zeitliche Flexibilität der Lehrveranstaltungen, um Berufstätigen ein Abend- oder Teilzeitstudium zu ermöglichen. Auch Handwerkern soll Gelegenheit geboten werden, zu ihrer eigenen „refresh“-Bildung Hochschulkurse zu besuchen.

Den Richtlinien zufolge hat jede Bildungsinstitution ihre typenspezifische (fachoberschul-, college- oder universitätsspezifische) und individuelle Besonderheit stärker herauszustreichen. Um das Niveau von Lehre und Forschung anzuheben und diesen Prozess unablässig zu kontrollieren, werden die Hochschulen aufgefordert, Studierende jeden Unterricht bewerten zu lassen und die Ergebnisse dieser Evaluation allgemein bekanntzumachen, regelmäßig eine Liste der wissenschaftlichen Leistungen der Lehrenden zu veröffentlichen, die Kontakte zur regionalen Wirtschaft und zur ortsansässigen Bevölkerung zu intensivieren, beispielsweise durch öffentliche Ringvorlesungen sowie eine Einschätzung der Qualität und Relevanz der eigenen Bildungsinstitution, und Verbesserungsvorschläge seitens einflussreicher Persönlichkeiten der Region einzuholen.

Um zu verhindern, dass sich Dozenten auf ihren Lorbeeren ausruhen, sollen Lehrende grundsätzlich nur noch zeitlich befristete Verträge erhalten. Der unaufhaltsamen Erleichterung des Hochschulzugangs aufgrund der demographischen Entwicklung sollen die Universitäten mit einer Erhöhung der Anforderungen und Bewertungsmaßstäbe während des Studiums begegnen, um das Niveau und die Bedeutung einer Universitätsausbildung auch künftig zu gewährleisten.

Maßnahmen der Universitäten

Aus den oben bereits angeführten Gründen beachten die meisten Universitäten die Richtlinien des Ministeriums und befolgen die Vorgaben wenigstens im Rahmen dessen, was ihnen akzeptabel und möglich erscheint. Begeistert reagieren die meisten Professoren allerdings nicht. (Tenman 1995) Allgemein lässt sich die Reaktion der Hochschulen in etwa folgender Weise zusammenfassen (Aoki 1995; Fujiwara 1995):

Ihre typenspezifischen und individuellen Besonderheiten streichen sie tendenziell noch deutlicher heraus als früher, und zwar allein schon, um sich von den Konkurrenten deutlicher abzuheben. Aus eben diesem Grunde bemühen sich japanische Hochschulen auch seit Jahrzehnten schon darum, unkonventionelle Fächer und Inhalte anzubieten, folgen dabei allerdings häufig jeweils dem Trend, der gerade Erfolg auf Genehmigung durch das Ministerium verspricht. So wurde das in den 1980er Jahren als attraktiv geltende Attribut „international“ im Namen neuer Studiengänge in den 1990er Jahren abgelöst von den Zusätzen „Information“ und „Sozial-(politik)“ oder, neuerdings „angewandte ...“

Die Zahl ausländischer Sprachlehrer, die in ihrer respektiven Muttersprache unterrichten, nahm zu, und dem Konversationsunterricht wird mittlerweile ein zentraler Stellenwert eingeräumt. Vergleicht man die durchschnittlichen Englischkenntnisse von Lehrenden und Studierenden heute mit denen weniger Jahrzehnte zuvor, so lässt sich die Effektivität dieser Maßnahmen bezeugen. Ob allerdings Fremdsprachen- (bzw. Englisch-) Kenntnisse als alleiniges Kriterium einer internationalen Orientierung anzusehen sind, sei dahingestellt.

Auch der Forderung, die Kontakte zur lokalen und regionalen Bevölkerung zu intensivieren, kommen die meisten Universitäten in der einen oder anderen Weise nach; vielerorts waren entsprechende Maßnahmen allerdings bereits vor der Etablierung der Strukturkommission des Ministeriums eingeleitet worden.

Die vom Ministerium verlangten Listen wissenschaftlicher Leistungen und gesellschaftlicher Aktivitäten der Lehrenden werden inzwischen fast überall erstellt – ob und gegebenenfalls in welcher Form sie veröffentlicht werden, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Auch Eigenevaluierung und studentische Unterrichtsevaluierung werden an vielen Universitäten durchgeführt, und zwar in derselben fragwürdigen Form, wie sie Kromrey in Deutschland kritisch analysierte (Kromrey 1999). Nicht selten führt die sog. „Selbstkontrolle“ der Hochschulen zu einer unerwünschten Absorption von Zeit und Energie auf Nebenschauplätzen: Um bei der Unterrichtsbewertung durch Studenten besser abzuschneiden, bemühen sich Lehrende beispielsweise eher um einen "schönen Tafelanschrieb" oder darum, den Unterricht stets pünktlich zu beenden, als um „inhaltliche Verbesserung“. Andere erhöhen auf relativ bequeme Weise die Zahl ihrer Schriften durch Mehrfachpublikation desselben Manuskriptes oder durch eine Reihe von Beiträgen im Publikationsorgan ihrer Hochschule, das außerhalb der jeweiligen Institution meistens kaum wahrgenommen wird.

In Bezug auf eine „Flexibilisierung“ der herkömmlichen Universitätsstruktur hingegen zeigen sich viele Lehrende zurückhaltend bis konservativ, und Schritte zur flexibleren Handhabung der Aufnahmebedingungen werden im Allgemeinen nur zögernd eingeleitet. Gründe dafür gibt es genug. Sicherlich möchten manche Professoren die organisatorische Mehrarbeit vermeiden, die strukturelle Änderungen und ein System mit vielen Wahlmöglichkeiten implizieren, einige (v.a. jüngere) Professoren stehen einer weiteren Zunahme der „besserwisserhaften Berufstätigen“ insgeheim negativ gegenüber und andere (eher unter den älteren Professoren) vertreten die Ansicht, die Studenten von heute sollten tendenziell die gleichen Anforderungen erfüllen, wie sie selbst sie einst zu erfüllen hatten. Insgesamt aber spielen doch inhaltliche Bedenken die entscheidende Rolle, wenn Hochschulen die verlangten Reformen in dieser Hinsicht nur schleppend einleiten – Bedenken, die relativ selten öffentlich geäußert werden, vielfach aber in einer Art „passiven Widerstandes“ zutage treten.

Widerstand dagegen beispielsweise, außerhalb der Uni erworbene Erfahrungen und Kenntnisse als Studienleistungen anzuerkennen, findet seinen Niederschlag darin, dass die Zuständigkeit dafür, einen geeigneten Kriterienkatalog zu erarbeiten, von einem Gremium zum anderen geschoben wird und sich niemand bereit findet, konkrete Schritte zu unternehmen. In welchem Rahmen sollen außeruniversitäre Erfah-

rungen mit Studienleistungen gleichgesetzt werden, mit welchen Studienleistungen und mit welcher Rechtfertigung? Kaum ein Wirtschaftswissenschaftler möchte akzeptieren, dass Erfahrungen in Büroarbeit gleichbewertet werden mit dem erfolgreichen Abschluss einer „Einführung in BWL“, noch ein Psychologe, dass persönliche Gruppenerfahrung einen Grundkurs über zwischenmenschliches Verhalten ersetzen kann.

Was als „flexiblere Handhabung von Zulassungsbedingungen“ bezeichnet wird, bedeutet in vielen Bereichen die Preisgabe objektiver Kriterien und öffnet damit den vielfältigen Spielarten von Intrige und Bestechung Tor und Tür. Der Verzicht auf eine Differenzierung der erforderlichen Studienleistungen impliziert neben der größeren Wahlfreiheit der Studenten auch, dass selbst bei fleißigen Studenten nicht mehr gesichert wäre, dass sie am Ende ihres Studiums über ein gewisses Basiswissen verfügen.¹³

Nicht zu befolgen vermögen insbesondere Privatuniversitäten die zentrale Forderung des Bildungsministeriums nach Anhebung des Leistungsniveaus und Flexibilität überall dort, wo sie in Widerspruch steht zu ökonomischer Rationalität. Konkret heißt das:

1. Kaum eine (Privat-) Universität¹⁴ kann es sich leisten, auf die Auslastung ihrer Kapazitäten freiwillig zu verzichten.
2. Das Niveau der geforderten Studienleistungen kann nicht erhöht, sondern muss, im Gegenteil, eher dem Niveau und Studieneifer der Studierenden angepasst werden, solange die Nachfrage um einen Studienplatz bei nahezu gleichbleibendem Studienplatzangebot sinkt. Zwar lässt sich Qualität auch auf dem „Studienplatz-Markt“ als ein Werbeattribut einsetzen, doch nur begrenzt. Solange die Wirtschaftslage angespannt bleibt, finden sich nur wenige Eltern in der Lage und auch bereit dazu, ihren Kindern das Studium an einer Universität zu ermöglichen, an der die Ausbildung durchschnittlich mehr Zeit und Geld kostet als an anderen Hochschulen – zumal wenn sich eine solche Investition nicht mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auf dem Arbeitsmarkt für ihren Sprössling auszahlen wird.
3. Auch der Heterogenität der Studierenden können viele Hochschulen auf der Basis der vorhandenen Kapazitäten nur bedingt entsprechen, und auf individuelle Bedürfnisse flexibel einzugehen, kann oft nicht mehr als ein Ideal sein, wenn es sich nicht unmittelbar finanziell auszahlt.

13 Eine ausführlichere Erörterung der Problematik unterschiedlicher Formen von Aufnahmeprüfungen und insbesondere des Systems von Studienzulassungen auf Empfehlung bietet Nakamura. (1996)

14 Für staatliche und städtische Universitäten stellt sich zwar die konkrete Situation etwas anders dar, das Problem als solches existiert jedoch für sie prinzipiell auch.

Schlussfolgerungen

Japanische Universitäten sind durch die aktuelle demographische, ökonomische und politische Lage gezwungen, umfangreiche Innovationen und Umstrukturierungen durchzuführen. Soweit möglich berücksichtigen sie dabei die Richtlinien des Bildungsministeriums, weil sich dies langfristig gesehen als vorteilhaft bzw. notwendig erweist. Allerdings enthalten diese Richtlinien auch Forderungen, die mit den Konditionen der Hochschulen unvereinbar oder in sich selbst widersprüchlich sind.

Wie, beispielsweise, ließe sich gleichzeitig das Niveau anheben und, im Rahmen flexiblerer Handhabung der Zulassungsbedingungen für „Quereinsteiger“, auf gewisse Grundkenntnisse verzichten? Wie der größeren Diversität der Studenten entsprechen und ökonomisch rational wirtschaften? Wie berufsorientiert ausbilden und gleichzeitig das Spezifische einer Universität, im Unterschied zur Berufsfach(hoch)schule, betonen? Wie können gegenwärtig bereits überlastete Professoren ihr Lehrangebot zeitlich wie inhaltlich ausweiten, flexibler auf Sonderwünsche eingehen und obendrein auch noch ihre Forschungstätigkeit intensivieren? Auf keinen Fall zu leisten schließlich ist der Spagat, ökonomisch zu überleben und trotz rückläufiger Zahlen von Studienbewerbern die Leistungsanforderungen zu erhöhen, denn dies gliche einer Preissteigerung bei sinkender Nachfrage.

Für den deutschen Kontext lassen sich aus der vorausgegangenen Untersuchung folgende Punkte festhalten:

Die aktuelle Misere von Universitäten in Deutschland und Japan zeichnet sich durch ähnliche Charakteristika aus: überfüllte Hörsäle, häufig mittelmäßige Vorlesungen, teils schlechte Betreuung durch überlastete Lehrende und, auf der anderen Seite, vielfach desinteressierte oder unmotivierte Studenten. Die Ursachen dieser Situation stimmen allerdings nur bedingt miteinander überein.

Folgern lässt sich m.E. aus der obigen Untersuchung für Deutschland, dass auch hier die Gründung weiterer Privatuniversitäten zur Verbesserung oder gar als Ausweg aus der Misere wenig beitragen kann. Wie gerade jetzt in Japan ganz deutlich ins Bewusstsein gerufen wird, ist die erste Präferenz von Privatuniversitäten, nolens volens, im Zweifelsfall nicht Bildung, sondern Profit. Darum ist eine Kontrolle von außen notwendig und die Rolle des Bildungsministeriums – trotz aller Mängel und Paradoxien seiner Richtlinien – unverzichtbar. In der realen Konstellation gleicht die Situation der Privatuniversitäten allerdings der von Unternehmen, die mit eigenem Management ökonomisch rational wirtschaften müssen, gleichzeitig aber von außen dirigiert und in ihrer Selbstständigkeit eingeschränkt werden.

Darüber hinaus ist gerade (aber nicht ausschließlich) an Privatuniversitäten das wissenschaftliche Niveau – ungeachtet aller Ideale und Bemühungen – letztlich von der Nachfrage abhängig. Mit anderen Worten: nicht Qualität, sondern das Interesse der Klientel entscheidet am Ende über den Inhalt des Lehrangebots.

Literatur

- Aoki Sōga (Hrsg.), 1995: Daigaku kaikaku to daigaku Chiyōka. (Universitätsreform und Universitätsevaluierung), Tōkyō Daigaku kijun kyōkai, S. 268-285
- Arimoto Akira, 1994: Daigaku kaikaku no genzai. Shakaigakuteki kōsatsu. (Die aktuelle Lage der Universitätsreformen. Eine soziologische Betrachtung); in: Kyōku shakaigaku kenkyū 55, S. 5-21
- Chōkyōku shingikai daigaku bukakai, 2001a: Kadai (2): daigaku no kōkai kaikaku ni kansuru jiyūron. (Freie Diskussion zur Hochschulstrukturreform). Shiryō 6: Daigaku kōkai kaikaku ni tsuite. (Anlage 6: Zur Hochschulstrukturreform) (dai 4 kai) 2001/10/10
http://www.mext.go.jp/b_menu/shingi/chuhyo/chuhyo4/gijirohu/001/011001.htm
- Chōkyōku shingikai daigaku bukakai, 2001b: Daigaku no setchi ninka seido no nozomashii arikata ni tsuite. (Über die wünschenswerte Verfahrensweise des Systems der Anerkennung von Universitäts- und ähnlichen Neugründungen.) (dai 5 kai) 2001/11/27
http://www.mext.go.jp/b_menu/shingi/chuhyo/chuhyo4/gijirohu/001/011002.htm
http://www.mext.go.jp/b_menu/shingi/chuhyo/chuhyo4/gijirohu/001/011002/01102c.htm
- Daigaku shingikai, 1997: Heisei 12 nendo ikkō kōkyōku no shōgai kōshi tsuite. (Über die künftige Struktur der Hochschulausbildung nach dem Jahr 2000)
<http://www.monbu.go.jp/singi/daigaku/00000003/>
- Daigaku shingikai, 1998a: 21seiki no daigaku-zetto kongo no kaikaku hōgaku ni tsuite. Kyōteki kankyō no naka de kosei ga kagayaku daigaku. (Chakan matome yōshi): Über das Bild der Universitäten des 21. Jahrhunderts und die künftige Reformpolitik. Universitäten, die, umgeben von Konkurrenten, in ihrer Individualität erstrahlen. (Zwischenbericht)
<http://www.monbu.go.jp/singi/daigaku/00000254/>
- Daigaku shingikai, 1998b: 21seiki no daigaku-zetto kongo no kaikaku hōgaku ni tsuite. Kyōteki kankyō no naka de kosei ga kagayaku daigaku. (Tōchin yōshi): Über das Bild der Universitäten des 21. Jahrhunderts und die künftige Reformpolitik. Universitäten, die, umgeben von Konkurrenten, in ihrer Individualität erstrahlen. (Zusammenfassung)
<http://www.monbu.go.jp/singi/daigaku/00000303/>
- Daigaku shingikai, 1999: Daigaku setchi kijun tōno kaisei ni tsuite (tōchin). Über die Reform der (Anerkennungs-)Kriterien für Universitäten
<http://www.monbu.go.jp/singi/daigaku/00000320/>
- Fujiwara shoten hōshōbu, 1995: Daigaku kaikaku saizensen. Kaikaku genba to jugyōgenba. (An der vordersten Front der Hochschulreform. Am Ort der Reform und am Ort des Unterrichts). Tōkyō Fujiwara shoten
- Hamaguchi Eshun, 1990: Kokusai-ka to jōka. Hikaku bunmei-gaku no shiten kara. (Internationalisierung und Informatisierung. Aus der Perspektive vergleichender Zivilisationswissenschaft). Tōkyō Nihon hōshuppan kyōkai
- Hamanaka Yoshitaka, 1998: Shokugyōdō no kōkōto gakureki kōka. Saisho no kigyōan idōni chakumoku shite. (Die Struktur von Berufswechsel und der Effekt von Bildung. Konzentriert auf den ersten Wechsel zwischen Unternehmen); in: 1995 nen SSM chōsa shirizu 11. Kyōku to shokugyō kōkōto ishiki no bunseki. (Bildung und Beruf. Eine Struktur- und Bewusstseins-Analyse); S. 85-103
- Hazama Hiroshi, 1971: Nihonteki keiei (Japanische Betriebsführung). Tōkyō Nihon keizai shimbunsha
- Higuchi Yoshio, 2001: Kigyōno jinzai senryaku no henka to daigaku kyōku. (Der Wandel der Rekrutierungsstrategie von Unternehmen und universitäre Ausbildung); in: Aoki Masahiko/

- Sawa Akihiro/ Daitō Michio (eds.): Daigaku kaikaku. Kadai to senten. (Universitätsreform. Aufgaben und Streitpunkte). *Tōkyō Tōkyō keizai shinpō*; S. 163-184
- Hiroshige Tsutomu, 1995: Dentō kaikaku. (Tradition und Reform); in: Aoki Soya: Daigaku kaikaku to daigaku hyōka. (Universitätsreform und Universitätsevaluierung). *Tōkyō Daigaku kijun kyōkai*; S. 195-200
- Honda-Okitsu Yuki, 1998: Kyōki ishiki no kitei yōin to kōka (Die entscheidenden Faktoren des Bildungsbewusstseins und sein Einfluss); in: 1995 nen SSM chōka shirizu 11. Kyōku to shokugyō kōkō to ishiki no bunseki. (Bildung und Beruf. Eine Struktur- und Bewusstseins-Analyse); S. 179-197
- Ichikawa Shōgo, 1995: Daigaku taishāka to kōkyōkyōku seisaku. (Die Entwicklung der Massenuniversität und die Bildungspolitik auf Hochschulniveau); in: Ichikawa Shōgo: Daigaku taishāka no kōkyō (Die Struktur der entstehenden Massenuniversität). *Tōkyō Saitama daigaku shuppanbu*; S. 9-57
- Iwanaga Masaya, 1995: Shigaku josei no haikai to genjō (Hintergründe und aktuelle Lage der Zuschüsse an Privathochschulen); in: Ichikawa Shōgo: Daigaku taishāka no kōkyō (Die Struktur der entstehenden Massenuniversität). *Tōkyō Saitama daigaku shuppanbu*; S. 101-124
- Kaneko Motohisa 1994 Kōkyōkyōku to shijo mekanizumu. Kōkyōkyōku kaikaku no kokusaiteki dōkyō (Hochschulbildung und Marktmechanismen. Der internationale Trend der Hochschulreformen); in: Kyōku shakaigaku kenkyū 55; 23-36
- Kawai Mikio, 1998: Dare no tame no „Kyōku kaikaku” ka? Kyōkyō to senbatsu e no chōkyōkushin (= Chōkyōkyō shingikai)/zaikai no teigen. (Bildungsreform für wen? Vorschläge der zentralen Bildungskommission und der Geschäftswelt zu Konkurrenz und Auslese); in: Rekishi chiri kyōku 575 (3), S. 28-35
- Kawai Nobukasu, 2000: Japan Almanach, *Tōkyō Asahi shimbunsha*
- Keizai kikaku-chō 1995: Kokumin seikatsu hakusho. (Weißbuch zum Alltag der Bevölkerung). *Tōkyō Teura-shōsatsū kyoku*
- Kitamura Kazuyuki, 1996: Kōkyōkyōku kikai no tenkai hōkyō (Die Entwicklungsrichtung der Gelegenheit zu höherer Bildung); in: 2010 Daigaku kaikaku kenkyūkaigi: Daigaku kaikaku 2010 nen e no senryaku. (Die Strategie zur Hochschulreform 2010); *Tōkyō PHP kenkyū*; S. 15-22
- Kobayashi Shin'ichi, 2001: Daigaku kyōku no shokugyōeki reribansu to daigaku no soshiki sekkei. (Die berufliche Relevanz der Universitätsbildung und die Organisationsplanung der Universitäten); in: Aoki Masahiko/ Sawa Akihiro/ Daitō Michio (eds.): Daigaku kaikaku. Kadai to senten. (Universitätsreform. Aufgaben und Streitpunkte). *Tōkyō Tōkyō keizai shinpō*; S. 283-305
- Koike Kazuo, 1994: Nihon no koyōshisutemu. (Das japanische Beschäftigungssystem). *Tōkyō Tōkyō keizai shinpō*
- Kromrey, Helmut, 1999: Von den Problemen anwendungsorientierter Sozialforschung und den Gefahren methodischer Halbbildung; in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 1/99; S. 58-77.
- Minami Manabu, 1996: Keizoku kyōku e no charenji. (Die Herausforderung zu fortgesetzter Bildung); in: 2010 Daigaku kaikaku kenkyūkaigi: Daigaku kaikaku 2010 nen e no senryaku. (Die Strategie zur Hochschulreform 2010); *Tōkyō PHP kenkyū*; S. 49-71
- Monbushō (Ministry of Education), 1994: Education in Japan. A Graphic Presentation. *Tōkyō Gyōsei*
- Monbushō (Ministry of Education), 1995: Waga kuni no bunkyōshisaku. Atarashii daigakuzō motomete - susumu kōkyōkyōku no kaikaku. (Die Bildungspolitik unseres Landes. Auf der Suche nach einem neuen Bild der Universitäten – Die fortschreitende Reformierung der Hochschulbildung)

- <http://www.monbu.go.jp/hakusyo/jpn/jindexd.html>.
- Mori Ritsuko, 1998: „Gakureki infurেশon” kasetu no genjitsuteki datasei ni tsuite no kenshū 1995 nen SSM zenkoku chōsa ni miru kakurekika to gakureki kōkyō no saiei. (Überprüfung der aktuellen Validität der These der „Bildungsinflation“. Die Tendenz zu steigendem Bildungsniveau und der Nutzen von Bildung nach den Umfragedaten der SSM Untersuchung von 1995); in: 1995 nen SSM chōsa shirizu 10. Kyōku to seditaikan idō (Bildung und intergenerationale Mobilität); S. 99-128
- Mori Tsuyoshi, 1999: Tōgai ga tōgan suru hi. (Der Tag, an dem die Tōgai (= Tōkyōdaigaku) bankrott geht). Tōkyō Bunsha
- Nakajima Tsuneo, 2000: Nijūisseiki no daigaku kyōku kaikaku. (Die Hochschulbildungsreform des 21. Jahrhunderts). Tōkyō Mineruva shōbō
- Nakamura Chōichi, 2000: Daigaku tōgan. (Universitätbankrott). Tōkyō Tōkyōkeizai simpōsha.
- Nakamura Takayasu, 1996: Suisen nyūgaku seido no kōin to masu senbatsu no seiritsu. Kōei shinkō ni okeru daigaku nyūshi tayō no itchiduke o megutte. (Die öffentliche Anerkennung des Systems von Studienzulassung auf Empfehlung und die Entstehung der Massenauswahl. Zur Bedeutung der Pluralität universitärer Aufnahmeprüfungen in einer Gesellschaft, die an Gleichberechtigung glaubt); in: Kyōku shakaigaku kenkyū 59; 145-165
- Nishida Kōji 2000: Daigaku o rishaffuru suru. (Die Universitäten umbilden). Tōkyō Kinmiraiisha
- Ogura Masatatsu, 1999: Shijo genri no yakusei to kōkyō kyōku. (Die Effektivität marktwirtschaftlicher Prinzipien und Hochschulausbildung); in: Hiroshima daigaku daigaku kyōku kenkyū sentō (ed.): Daigaku kaikaku to shijo genri. Dai 27kai (1998 nendo) kenkyū shakai no kiroku (Hochschulreform und Marktprinzipien. Protokoll der 27. Forschungstagung (1998); S. 1-14
- Eniya Tomonobu, 2000: Manabazu oshiezu no daigaku wa mōiranai. (Universitäten, an denen nicht gelernt und nicht gelehrt wird, brauchen wir nicht mehr). Tōkyō Sōshisha
- Suma Yasuaki, 1990: Kokusai-ka: Utsukushii gokai ga umu seika. (Internationalisierung: Das Ergebnis eines schönen Mißverständnisses). Tōkyō Tōchin-dō
- Asu Etsurō 1993: Daigaku ga dondon tsubureru. (Die Universitäten brechen zusammen). Tōkyō ru shuppansha
- Rōkyō 1997: Rōkyō Chakusho. Heisei 8 nen. (Jahrbuch zur Arbeit. 1996). Tōkyō Rōkyō Shō
- Saitō Taijun 1996a: Hajime ni. (Vorwort); in: 2010 Daigaku kaikaku kenkyū kai: Daigaku kaikaku 2010 nen e no senryaku. (Die Strategie zur Hochschulreform 2010); Tōkyō PHP kenkyū ō; S. 1-5
- Saitō Taijun 1996b: Bannin no daigaku. (Universität für 10.000 (verschiedene) Menschen); in: 2010 Daigaku kaikaku kenkyū kai: Daigaku kaikaku 2010 nen e no senryaku. (Die Strategie zur Hochschulreform 2010); Tōkyō PHP kenkyū ō; S. 23-48
- Shimura Etsujirō 1995: Shuyō tenken/hyōka kōno no seikaku to naiyō (Wichtige Prüfungspunkte/Charakter und Inhalt der Evaluierungsfragen); in: Aoki Sōya (ed.): Daigaku kaikaku to daigaku hyōka. (Universitätsreform und Universitätsevaluierung). Tōkyō Daigaku kijun kyōkai; S. 268-285
- Sōchōtōkei-kyoku, 2001: Nihon no tōkei. (Statistiken Japans). Tōkyō Ōura-shōinsatsu kyoku
- Takeuchi Hiroshi/Kobayashi Mihoko, 1997: Shōhoku kyōei haishi to daigaku kyōku. (Die Aufhebung der Einstellungsvereinbarungen und die Ausbildung an Universitäten); in: Kanpo chinging 228; S. 16-18
- Tenman Michiko, 1995: Daigaku kaikaku to “kyōsei”. (Universitätsreform und Symbiose); in: Aoki Soya: Daigaku kaikaku to daigaku hyōka. (Universitätsreform und Universitätsevaluierung). Tōkyō Daigaku kijun kyōkai; S. 151-156

- The Japan Association of Private Colleges and Universities, 1987: Japan's Private Colleges and Universities. Yesterday, Today and Tomorrow. Tokyo: Simul International
- Yamazaki Makoto, 1999: Daigakusei no shōhoku kankyō Saijō jidai o mukaete. (Das Umfeld des Berufseinstiegs von StudentInnen. Dem Zeitalter freier Rekrutierung entgegen), in: Kyōku kagaku kenkyōkai (ed.): Tokushū Fukyō to kyiku. (Sonderheft: Wirtschaftsflaute und Bildung); 1999.6.No. 640; S. 69-76

Ulrike Nennstiel
Japan 004-8631 Sapporo Atsubetsu-ku
Oyachi nishi 2-3-1
Hokusei-Gakuen-University, Dept. Of Social Policy
eMail: nennstiel@hokusei.ac.jp

Ulrike Nennstiel, Prof. Dr., Soziologie-Studium in Tübingen, Bonn, Eugene und Tokio, promovierte über soziale Bewegungen in Japan. Von 1993 bis 1996 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Modernes Japan und Lehrbeauftragte am Ostasien-Institut Düsseldorf. Seit April 1996 Prof. für Soziologie an der Hokusei-Gakuen-Universität.